Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

10 Goldpfennig = 100 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Mittwoch, 28. Mai 1924

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Moritzplatz 4783—88, 1060—68. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Wochenpreis (Sonntag bis Sonnabend) 1.— Goldmark.

Tägliche Rundschau

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,40 Goldmark je 23 mm breite Millimeter-Zeile. Beherbarkeit nach Tarif berechnet.

28. 5. a | Nr. 250 | 100 Milliarden | 63. Jahrgang.

Kurze Reichstagssitzung.

Verhandlungen der Parteien über die Präsidentenfrage.

Der Beginn der Plenarsitzung am Mittwoch, der auf 11 Uhr angesetzt war, verzögerte sich, da die Fraktionen über die Präsidentenfrage verhandelten. Gegen 12 Uhr eröffnet der Alterspräsident Wolf-Gotha die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer.

Abg. Quintzel in die Tagesordnung beantragt Abgeordneter Fehrenbach (Zentr.), die Sitzung zu vertagen und die Anberaumung der nächsten Sitzung dem Alterspräsidenten zu überlassen. Er begründet diesen Antrag damit, daß die Bildung des Reichstagsvorstandes in einem sachlichen und persönlichen Zusammenhang mit der Regierungsbildung stehe. Die Rede aus die äußerste Linke widersprechen dieser Auffassung.

Abg. Dittmann (Soz.) hält diese Begründung des Abgeordneten Fehrenbach nicht für stichhaltig und erklärt, seine Fraktion werde gegen die Vertagung stimmen.

Abg. Schulz-Bromberg bekont, vor allen Dingen müsse der Reichstag sich konstituieren und einen Präsidenten wählen, um arbeitsfähig zu werden. Er beantrag sofortige Präsidentenwahl.

Abg. Koenen (Komm.) beantragt, die kommunistischen Anträge auf Haftentlassung der festgehaltenen kommunistischen Abgeordneten an die Spitze zu setzen.

Der Antrag auf Absetzung der Wahl erhält nur die Stimmen des Zentrums, der Demokraten und der Deutsche Volkspartei, ist also abgelehnt. Darauf beantragte Abgeordneter Fehrenbach, die Sitzung bis 2 Uhr zu vertagen, da sich die Fraktionen über die Präsidentenwahl noch nicht einig geworden seien. Der Antrag auf Vertagung der Sitzung bis 2 Uhr wird dann mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten angenommen. Schluß 12¼ Uhr.

★

Die Ausführungen des Abg. Fehrenbach über den engen Zusammenhang zwischen Kabinettsbildung und Präsidentenwahl sind dahin zu erklären, daß der deutschnationale Abg. Wallraf, der von seiner Fraktion für das Reichstagspräsidium vorgeschlagen ist, angeblich als Kandidat für das Innenministerium in dem neu zu bildenden Kabinett Marx aufgestellt ist. Da man damit rechnet, daß die Bildung des Kabinetts bis zum Wiederzusammentritt des Plenums Fortschritte gemacht hat, hielt es die Zentrumsfraktion für das beste, die Plenarsitzung zu vertagen, zwischen den Abgeordneten Graf Westarp mit dem Kandidaten für die im Kabinett zu vergebenden Ministerposten.

Dr. Marx mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichskanzler Dr. Marx erneut mit der Kabinettsbildung beauftragt. Herr Dr. Marx hat den Auftrag angenommen und wird versuchen, ein Kabinett auf breitester bürgerlicher Grundlage zu bilden.

★

Der vom Reichspräsidenten von neuem mit der Bildung des Kabinetts beauftragte Reichskanzler Marx wird, wie er unseren parlamentarischen Berichterstatter auf Anfrage mitteilte, mit allen bürgerlichen Parteien über die Bildung seines Kabinetts verhandeln. Die Unterredung des Reichspräsidenten mit Abgeordneten Hergt, die etwa ½ Stunde dauerte, beschäftigt sich u. a. mit den gestrigen Verhandlungen des Reichspräsidenten mit dem Zentrumsabgeordneten Stegerwald. Dabei lieh der Reichspräsident seine Bereitwilligkeit zur Herbeiführung eines Kabinetts auf breitester bürgerlicher Grundlage erneut erkennen.

Im Reichstag fanden heute interfraktionelle Besprechungen statt. Die Deutschnationalen präsentieren, wie bekannt, den Abgeordneten Wallraf, die Sozialdemokraten den Abgeordneten Löbe und die Kommunisten den Abgeordneten Thälmann. Weder konnte in diesen Besprechungen, noch während der bisherigen Verhandlungen eine Einigung erzielt werden. Falls der deutschnationale Kandidat Wallraf nicht gewählt werden sollte, haben die Deutschnationalen beschlossen, für den Posten eines Vizepräsidenten den Abgeordneten Graf-Thüringen vorzuschlagen.

Anträge der D. V. P.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat eine Anzahl von Anträgen eingebracht, in denen u. a. eine Aenderung des Artikels 3 der Reichsverfassung dahin gewünscht wird, daß die Farben des Deutschen Reiches Schwarz-Weiß-Rot sein sollen. Ferner beantragt die Fraktion, das Wahlalter von 20 auf 25 Jahre zu erhöhen. In einem anderen Antrag wird die Einsetzung eines Ausschusses des Reichstags von 28 Mitgliedern gefordert, der den Auftrag erhalten soll, die Reichsverfassung mit Rücksicht auf die in der Zwischenzeit gemachten Erfahrungen, besonders hinsichtlich der Zuständigkeitsverhältnisse zwischen Reich und Ländern auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung einer Nachprüfung zu unterziehen. Die anderen Anträge der Fraktion beziehen sich auf die Reichsversicherungsordnung, die Krankenversicherung und die Dauer des Lehrgangs an den höheren Schulen. In dem letztgenannten Antrag wird verlangt, daß begabten Schülern die Möglichkeit gegeben werden soll, das Ziel der Grundschule in drei Jahren zu erreichen. Der Lehrgang der höheren Schule selbst umfaßt 9 Jahre.

Berliner Kurse vom 28. 5.:

Dollar: unverändert Zuteilung 4 %
Pfund: ℳ 18,30 Bill., Zuteilung 10 %

Der Schiedsspruch im Ruhrbergbau.

Die Unternehmer lehnen ab.

Wie wir bereits in der heutigen Morgennummer mitteilten, haben die zweitägigen Verhandlungen im reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Präsidenten Syrup zu einem Schiedsspruch geführt, über den die Arbeiten in den von ihren Verbänden zu berufenen Revierkonferenzen im Laufe des heutigen Tages zu entscheiden haben. Die Unternehmer haben ihn bereits sofort nach seiner Bekanntgabe abgelehnt. Die Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Spruches muß bis zum Donnerstag mittag erfolgen.

Das Abkommen gilt bis zum 30. September 1924 und kann von diesem Zeitpunkt ab mit zweimonatiger Frist erstmalig für den 30. November 1924 gekündigt werden. Eine spätere Kündigung kann zum Schlusse jeden Monats mit zweimonatiger Frist erfolgen. Im Falle der Kündigung treten die Parteien spätestens eine Woche nach erfolgter Kündigung zu neuen Verhandlungen zusammen.

In diesem Punkte kommt der neue Schiedsspruch den Wünschen der Arbeiter sehr weit entgegen. Einer der wichtigsten Ablehnungsgründe des alten Schiedsspruchs vom 16. Mai durch die Arbeiter war bekanntlich die Bestimmung, daß die Regelung der Mehrarbeit bis zum 31. März 1925 gelten solle. Die Unternehmer sehen jedoch in der vorgenommenen Terminverkürzung eine bedauerliche Verschlechterung, weil der Wirtschaftsfrieden nicht auf eine längere Zeit gesichert wird und bereits in kurzer Zeit neue Verhandlungen und voraussichtlich auch neue produktionsbehmmende Auseinandersetzungen oder gar Arbeitskämpfe zu erwarten sind. Die bereits erfolgte Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Unternehmer wird zu einem großen Teil mit diesen Bedenken begründet.

Die wichtigste Veränderung, die der neue Schiedsspruch gegenüber dem alten besteht, liegt in der Lohnfrage. Während am 16. Mai eine Erhöhung des Schichtlohnes um 15 % vorgesehen war, erscheint der neue Schiedsspruch die Löhne um weitere 5 % ab 1. Juni, so daß gegenüber dem Tarifschichtlohn vom April eine 20 prozentige Erhöhung vorgesehen ist. Für die Malochne Reihe es bei dem Zuschlag von 15 %.

Mit der Regelung der Arbeitszeit hat sich gegenüber dem Schiedsspruch vom 16. Mai nichts wesentlich geändert.

Die Normalarbeitszeit unter Tage beträgt also sieben Stunden, zu der während der Dauer des Abkommens eine Ueberstunde tritt. Doch sieht der neue Schiedsspruch für die in den Kokereibetrieben beschäftigten Arbeiter gewisse Erleichterungen vor.

Unter der Voraussetzung, daß auf Grund des Schiedsspruchs die Arbeit alsbald wieder aufgenommen wird, ist vereinbart worden daß von Maßregelungen sämtlicher aus Anlaß des Ausstandes abzusehen ist. Für Streitfälle ist eine Schiedsstelle vereinbart worden.

Die aufgefallenen Maßschichten sollen nicht als eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses gelten. Soweit sich die Zechen Arbeitsmöglichkeiten beschaffen können, werden sie im Einvernehmen mit den einzelnen Arbeitern bei den Arbeiten des Mehrarbeit 1924/25 entfallenden Urlaub durch entsprechende Verlängerung kalkmäßigsicht abgelehn, wobei Arbeiter mit kinderreichen Familien in erster Linie berücksichtigt werden sollen.

Angesichts der wirtschaftlichen Lage des Ruhrbergbaues und der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse erklären sich die Unternehmer außerstande, diese neue Lohnerhöhung zu tragen. Nach Lage der Dinge erscheint ihnen die Beschaffung der notwendigen Mittel unmöglich. Sie sehen in dem erneuten Lohnaufschlag ein bedenkliches Kompromiß, zu dem man sich lediglich deshalb entschlossen hat, um eine schnellere und reibungslosere Annahme des Schiedsspruches bei den Arbeitern zu erreichen. Wenn auch die unmöglichen Forderungen der Bergarbeiter auf eine Verzehnfachung Lohnerhöhung, die sie im April nach Anlauf der Berliner Vereinbarungen aufgestellt hatten, nicht erfüllt werden konnten, so bedeutet doch die Prozentige Erhöhung ein sehr weites Entgegenkommen den Wünschen der Arbeiter gegenüber, die bei den Essener Einigungsverhandlungen unter Vorsitz des Reichskommissars Mehlich eine Lohnerhöhung von 25 Prozent bevorzugen. Ein besonderer Ueberstundenzuschlag ist nicht vorgesehen worden.

Die Gründe, die die Arbeiter zu der Ablehnung des Schiedsspruchs vom 16. Mai veranlaßten, sind also vorgesehalten, so daß kaum anzunehmen ist, daß die Revierkonferenzen auch den neuen Schiedsspruch wieder verwerfen werden. Es bleibt abzuwarten, ob der Reichsarbeitsminister sich dann zu einer allgemeinen Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches entschließen wird. Wie die folgende Meldung zeigt, versucht die französische Besatzung, die bereits durch Beschlagnahme von Lagerbeständen in den Konflikt eingegriffen hat, ihren Einfluß geltend zu machen.

Eingreifen der Besatzungsbehörde.

Gelsenkirchen, 28. 5. (Mtb). Im Verlaufe des Ruhrkonflikts kam es zu einer ersten Begegnung zwischen der Besatzungsbehörde, den Zechenbesitzern und Zechenkreisdirektoren. Die Besprechung fand in Buer in Westfalen für die Stadt Gelsenkirchen und die umliegenden kleineren Gemeinden statt. Der belgische Kommandant bestimmt, daß die Reparaturarbeiten von den Zechen vorzunehmen und die Kokereibetriebe wieder in Gang gebracht werden sollen, damit nach Beendigung des Ruhrkonflikts die Arbeit sofort wieder voll aufgenommen werden könnte. Die Betriebsräte erklärten, keinen Einspruch gegen die Ausführung von Notstandsarbeiten zu haben. Sie würden sich aber gegebenenfalls dafür einsetzen, daß 75 Prozent der Belegschaft zu solchen Arbeiten herangezogen würden. Die Zechenbesitzer erklärten jedoch, für die Notstandsarbeiten mindestens 7 Prozent der Belegschaften zu brauchen.

Von der belgischen Besatzungsbehörde wurde betont, daß die Zechen sofort werden würden, falls nicht eine befriedigende Regelung der Notstandsarbeiten zustande käme.

Das Ausland zur Reichstagseröffnung

Ungünstiger Eindruck in Paris.

st. Paris, 28. 5. (Eigenbericht)

Die französische Rechtspresse beschäftigt sich sehr eingehend mit den Vorgängen in Deutschland. Sie berichtet, daß die gestrige Sitzung des deutschen Reichstages einen ungünstigen Eindruck von der neuen deutschen Notenwertung gemacht hat. Zweifellos die Sitzung nur formellen Zwecken gewidmet gewesen sei, habe es unerhörte Skandalszenen gegeben. Der schwächliche sozialistische Alterspräsident sei nicht imstande gewesen zu verhindern, daß die Kommunisten sich zu Herren des Saales machten. Besonders genannt werden die Abgeordneten Kaup und Scholem.

Der „Matin" bereit sich fortzusetzen, daß die einzige Möglichkeit sei, die Ruhr zu befreien, Europa zu beruhigen, die Finanzwirtschaft wiederzugestalten und eine neue Arbeitslosigkeit zu verhindern. „Echo de Paris" greift die Deutsche Volksparteien an, weil sie immer mehr den nationalen Parteien sich zuneige. Der Sturz des Kabinetts Marx sei durch die Volksparteien herbeigeführt worden. Die Volksparteien habe schon zur Zeit Kapps den Nationalen zugeneigt. Das Blatt erklärt auch die Haltung derjenigen, die annahmen, das Sachverständigengutachten sei vom politischen Standpunkt wenig befriedigend, da sie viele Hintergedanken hegen. Ebert begreife die Möglichkeit des Sachverständigengutachtens für Deutschlands und wünsche seinem Volkstaat mehr Vorsicht und Weisheit. Gerade der Umstand, daß Ebert so viele Mühe habe, den Reichstag von dem Vorteil zu überzeugen, welchen die Aufgabe der „Pfänder" bedeuteten, die allein in der Lage gewesen wären, Deutschland zum Zahlen zu bringen, beweise, wie groß die Revanchelust in Deutschland geworden sei. Das Blatt sieht auch weitere Schäfte aus der politischen Verbindung, die Frankreich seit dem 11. Mai befallen habe. Das Blatt meint, daß die Volksparteien, trotzdem sie sich bemühte, die Deutschnationalen für das Kabinett zu gewinnen, dem friedlichen Programm treu zu bleiben. Das Kabinett Marx, das sich auf die Haltung der neuen französischen Machthaber stütze, scheine den Kampf mit den Deutschnationalen aufnehmen zu wollen. Es scheine, daß Marx, gestützt auf Stresemann und die Mittelparteien, sich dem Reichstag stellen wolle, wobei er von dem von den Sozialisten unterstützt wäre. Das Blatt hält das Verhalten dieses Kabinetts für sehr fähnach, wenn es wirklich Deutschnationalen, Ultranationalen und Kommunisten gegenüberstehe. Die Deutschnationalen müßten nun zeigt nach keiner Krise führen, würden sofort zu Verhandlungen mit dem Auslande gelangen, aber, was sie jetzt noch nicht tun würden, würden sie vorbereiten und in einigen Jahren tun. Das Blatt schließt, daß man noch Abwarten abzuwarten bleiben. Die französische Linkspresse beschäftigt sich mit dem Ergebnis in Deutschland wenig und bringt nur Tatsachenberichte, ohne Stellungnahme dazu zu nehmen. Die Lage mit der französischen Zage verlangt zu tun.

Der Kampf gegen Millerand beschäftigt die rechten Blätter am meisten, und es fragt sich, wie die Linke den Staatspräsidenten eventuell zur Rechtfertigung veranlassen könnte. Eigentlich gibt es kein legales Mittel. Der gegen Groß angewandte Streich der beiden Kammern, welche die Bildung des Kabinetts verweigerten, war nicht legal. Das Blatt Humanité angeführte Mittel bei der Budgetdebatte, das Gehalt des Präsidenten zu verweigern, ist auch fraglich und kommt überhaupt erst bei der nächsten Jahresbudgetdebatte in Betracht. Die Linke ist jedoch in der Frage des Abgangs Millerands immer einiger. Auch die Parteikonferenzen, die sich bisher geäußert haben und meist für die Zeitenbom der Regierung Herriot eintraten, Millerands Entfernung. Die Linke protestiert äußerst heftig gegen die Rede Poincarés, und besonders „Ere Nouvelle" meint dazu, die Ansicht aufkommen zu lassen, Poincaré sei nur wegen seiner Außenpolitik gefallen. Das Blatt erklärt ausdrücklich, die außenpolitischen Fehler Poincarés hätten ihn entfernt und ganz besonders die Erfolglosigkeit der Ruhrpolitik.

Beschimend, sagt London.

a. London, 28. 5. (Eigenbericht)

Nach der die Meldung, daß Poincaré und Tirpitz für den Reichstagswahlen vorgesehen sei, mehrere Tage ohne jeden Widerspruch in den englischen Blättern erschienen ist, wird jetzt bekanntgegeben, daß die Regierung nur formelles Hindernis gewidmet gewesen sei, habe es unerhörte Skandalszenen gegeben. Der schwächliche sozialistische Alterspräsident sei nicht imstande gewesen zu verhindern, daß die Kommunisten sich zu Herren des Saales machten. Besonders genannt werden die Abgeordneten Kaup und Scholem.

Der „Matin" bereit sich fortzusetzen, daß die einzige Möglichkeit sei, die Ruhr zu befreien, Europa zu beruhigen, die Finanzwirtschaft wiederzugestalten und eine neue Arbeitslosigkeit zu verhindern. „Echo de Paris" greift die Deutsche Volksparteien an, weil sie immer mehr den nationalen Parteien sich zuneige. Der Sturz des Kabinetts Marx sei durch die Volksparteien herbeigeführt worden. Die Volksparteien habe schon zur Zeit Kapps den Nationalen zugeneigt. Das Blatt erklärt auch die Haltung derjenigen, die annahmen, das Sachverständigengutachten sei vom politischen Standpunkt wenig befriedigend, da sie viele Hintergedanken hegen. Ebert begreife die Möglichkeit des Sachverständigengutachtens für Deutschlands und wünsche seinem Volkstaat mehr Vorsicht und Weisheit. Gerade der Umstand, daß Ebert so viele Mühe habe, den Reichstag von dem Vorteil zu überzeugen, welchen die Aufgabe der „Pfänder" bedeuteten, die allein in der Lage gewesen wären, Deutschland zum Zahlen zu bringen, beweise, wie groß die Revanchelust in Deutschland geworden sei. Das Blatt sieht auch weitere Schäfte aus der politischen Verbindung, die Frankreich seit dem 11. Mai befallen habe. Das Blatt meint, daß die Volksparteien, trotzdem sie sich bemühte, die Deutschnationalen für das Kabinett zu gewinnen, dem friedlichen Programm treu zu bleiben. Das Kabinett Marx, das sich auf die Haltung der neuen französischen Machthaber stütze, scheine den Kampf mit den Deutschnationalen aufnehmen zu wollen. Es scheine, daß Marx, gestützt auf Stresemann und die Mittelparteien, sich dem Reichstag stellen wolle, wobei er von dem von den Sozialisten unterstützt wäre. Das Blatt hält das Verhalten dieses Kabinetts für sehr fähnach, wenn es wirklich Deutschnationalen, Ultranationalen und Kommunisten gegenüberstehe. Die Deutschnationalen müßten nun zeigt nach keiner Krise führen, würden sofort zu Verhandlungen mit dem Auslande gelangen, aber, was sie jetzt noch nicht tun würden, würden sie vorbereiten und in einigen Jahren tun. Das Blatt schließt, daß man noch Abwarten abzuwarten bleiben. Die französische Linkspresse beschäftigt sich mit dem Ergebnis in Deutschland wenig und bringt nur Tatsachenberichte, ohne Stellungnahme dazu zu nehmen. Die Lage mit der französischen Zage verlangt zu tun.

Der Kampf gegen Millerand beschäftigt die rechten Blätter am meisten, und es fragt sich, wie die Linke den Staatspräsidenten eventuell zur Rechtfertigung veranlassen könnte. Eigentlich gibt es kein legales Mittel. Der gegen Groß angewandte Streich der beiden Kammern, welche die Bildung des Kabinetts verweigerten, war nicht legal. Das Blatt Humanité angeführte Mittel bei der Budgetdebatte, das Gehalt des Präsidenten zu verweigern, ist auch fraglich und kommt überhaupt erst bei der nächsten Jahresbudgetdebatte in Betracht. Die Linke ist jedoch in der Frage des Abgangs Millerands immer einiger. Auch die Parteikonferenzen, die sich bisher geäußert haben und meist für die Zeitenbom der Regierung Herriot eintraten, Millerands Entfernung. Die Linke protestiert äußerst heftig gegen die Rede Poincarés, und besonders „Ere Nouvelle" meint dazu, die Ansicht aufkommen zu lassen, Poincaré sei nur wegen seiner Außenpolitik gefallen. Das Blatt erklärt ausdrücklich, die außenpolitischen Fehler Poincarés hätten ihn entfernt und ganz besonders die Erfolglosigkeit der Ruhrpolitik.

Vollsitzung der englisch-russischen Konferenz.

Entgegenkommen Englands in der Frage der Vorkriegsschulden.

London, 28. 5. (Z. U.)

Die englisch-russische Konferenz hielt gestern um 4 Uhr eine unter dem Vorsitz des Unterhaussekretärs Ponsonby eine Vollsitzung ab, in der die Frage der englischen Schadensersatzansprüche besprochen wurde. Nach dem amtlichen Kommuniqué stellte die Sowjetdelegation zunächst die Frage, ob die Erklärung, die sie bei der letzten Konferenzsitzung abgegeben hatte, nämlich, daß Rußland nicht imstande sei, die Vorkriegsschulden zum vollen Wert und mit Bankzinsen zu bezahlen, für die britische Delegation annehmbar sei. Die britischen Delegierten erklärten, daß diese Erklärung für sie unannehmbar sei. Die Sowjetdelegation wies darauf hin, daß eine Bezahlung der Vorkriegsschulden für das Budget Sowjetrußlands unter den augenblicklichen wirtschaftlichen Umständen nicht tragbar sei, und regte an, diese Frage vorläufig zurückzustellen, da entsprechende Vorschläge von seiten Englands aufs engste mit dem Gelingen einer russischen Anleihe in England verknüpft seien.

Die Sowjetdelegation machte den Vorschlag, daß man sich zunächst mit den Entschädigungsansprüchen der englischen Privatleute befassen sollte und gliederte diese Ansprüche in Geldansprüche und in solche, die aus der Beschlagnahme des Eigentums in Rußland erwachsen seien. Sie schlug vor, daß beide Regierungen schätzungsweise eine Summe für die Regelung gar nicht der kleineren Entschädigungsansprüche riskieren sollten. Die britische Delegation sagte diesem Vorschlag grundsätzlich Prüfung zu und betonte, daß es nicht die Absicht der britischen Regierung sei, unverhältnismäßige Ansprüche gegen Rußland geltend zu machen. Durch die Anerkennung Sowjetrußlands habe die britische Regierung ihren guten Willen bewiesen, der noch wie vor unverändert fortbestehe.

Die britische Delegation sprach weiterhin die Hoffnung aus, daß die Sowjetdelegation bei ihren Entschädigungsangeboten den natürlichen Reichtum Rußlands und die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Wiederaufstiegs in Rechnung stellen werde. Die Sowjetdelegation nahm mit Befriedigung von dem Ausdruck des englischen Wohlwollens gegenüber Rußland Kenntnis, betonte jedoch, daß die Regelung der Frage der Vorkriegsschulden im hohen Maße von der russischen öffentlichen Meinung abhängig sei und die vorherige Regelung aller anderen wirtschaftlichen Fragen zur Voraussetzung habe.

Englische Regierungsvorlage abgelehnt.

London, 28. 5. (T. U.) Das Unterhaus hat gestern mit 176 gegen 164 Stimmen die Debatte über die Vorlage der Arbeiterpartei wegen Verstaatlichung sämtlicher Landgüter und Wasserläufen abgelehnt. Darauf wurde die Aussprache über die Finanzvorlage fortgesetzt.

Der Parlamentsberichterstatter der „Times" schreibt: Die Minister machen kein Hehl aus ihrer Besorgnis hinsichtlich des Ausganges der morgen wieder aufzunehmenden Debatte über den Antrag, das Gehalt des Arbeitsministers um 100 Pfund Sterling zu kürzen. Sie wissen, daß, wenn die Liberalen so stimmen, wie sie es am liebsten täten, eine Niederlage unvermeidlich ist. Sie sehen aber ihr Vertrauen darauf, daß die Liberalen lieber die Regierung retten werden, als das Risiko baldiger Wahlen.

Die Arbeiterregierung hat damit eine neue Niederlage bei der Durchführung ihres sozialistischen Programms erlitten, da kürzlich auch die Vorlage über die Verstaatlichung der Bergwerke abgelehnt worden ist.

Die Mossulfrage.

London, 28. 5. (T. U.) Der Reutermeldung zufolge hat die britische Regierung den Völkerbund schriftlich gebeten, die Mossulfrage in seiner nächsten Sitzung am 11. Juni zur Sprache zu bringen. Die britische Regierung hofft, daß der Vertrag, der die Irakfrage umschreibt, so bald ratifiziert. Falls das türkische Parlament den Vertrag ablehne, würde die britische Regierung vom Völkerbundsrat die Erlaubnis zur Ergreifung der Maßregeln erbitten, die auf eine Durchführung der Vorschriften des Völkerbundspakts in Irak abzielt.

Washington, 28. 5. (Z. U.) Der Präsident des Ausschusses der Aktionäre der Baghadbahn, Woodhouse, hat einen Bericht abgefaßt, in dem die Erwerbung der Baghadbahn für eine amerikanisch-türkische Gesellschaft befürwortet wird. Kuwaites, der in verschiedenen Balkanstaaten amerikanischer Gesandter war, unterstützt das Projekt.

Nach einer Havasmeldung aus Angora, hat das türkische Kabinett den Antrag von 16 französischen Flugzeugen beschlossen.

Coolidge über Amerikas Hilfsbereitschaft.

London, 28. 5. (C. C.) Auf einem Bankett der auswärtigen Presse sagt der amerikanische Botschafter Kellogg folgende bisher nicht bekannte Erklärung des Präsidenten Coolidge bekannt. Das Sachverständigengutachten verlange, daß Amerika an der Anleihe für Deutschland beteiligt. Amerika müsse die Barsichten, sich finanziell an dem Wiederaufbau Europas zu beteiligen, unternehmen, denn es könne sich dadurch neue Absatzgebiete schaffen. Es sei eine bedeutende Tatsache, daß seit einiger Zeit alles europäische Gold nach den Vereinigten Staaten abfließe. Es würde besser sein, wenn dieses Gold wieder zurückfließen würde. Man abgesehen von den rein ideellen Gründen der Humanität, die die Vereinigten Staaten immer hochgehalten hätten, seien praktische Gründe, die Amerika zur Hilfe veranlassen müßten.

Rom erwartet eine baldige Ministerkonferenz.

fr. Mailand, 28. 5. (Eigenbericht). Die Agenzur Volta veröffentlicht wieder ein offiziöses Communiqué über die Reparationsfrage, in dem von der allgemeinen Erwartung einer baldigen Ministerpräsidentenzusammenkunft berichtet wird.

Außerordentlicher Kabinettsrat in Tokio.

Ausdrücklicher Protest gegen das Einwanderungsverbot.

Tokio, 28. 5. (Z. U.)

Das Kabinett wird heute in einer außerordentlichen Sitzung über einen endgültigen Schritt hinsichtlich des amerikanischen Einwanderungsgesetzes beraten. Man ist allgemein der Ansicht, daß dieser Schritt die Form eines ausdrücklichen Protestes gegen das Gesetz annehmen werde, da es eine Verletzung des amerikanisch-japanischen Handels- und Schiffahrtsvertrages vom Jahre 1911 darstelle.

Man erwartet hier, daß der japanische Botschafter in Washington, Hanihara, jetzt um die Gelegenheit ersuchen wird, von seinem Posten zurückzutreten.

London, 28. 5. (T. U.) Aus Tokio wird gemeldet: Die japanischen Blätter fordern den bevorstehenden Abschluß eines russisch-japanischen Handelsvertrages an. Japan werde auf sämtliche Schadensforderungen verzichten und die Sowjetregierung de jure anerkennen.

Paris, 28. 5. Havrier erklärte einem Vertreter der Tokioer Presse, er habe die Absicht, die Beziehungen zu Rußland wieder aufzunehmen. Ueber die Modalitäten der Anerkennung könne er dagegen noch nichts mitteilen. Daher könne er sich auch noch nicht gegen die Angriffe rechtfertigen, die in dieser Angelegenheit gegen Frankreich gerichtet würden.

★

Es ist nicht gelungen, in dem amerikanisch-japanischen Einwanderungskonflikt einen modus vivendi zu finden. Präsident Coolidge hat von seinem Veto-recht gegen den Beschluß des Kongresses seinen Gebrauch gemacht, sondern, wie gemeldet, am 25. Mai das Gesetz unterschrieben, das vom 1. Juli ab jegliche Einwanderung von Japanern auf amerikanisches Gebiet untersagt. Damit ist gleichzeitig das „Gentlemens aggrement" vom 20. Februar 1907 außer Kraft gesetzt worden, das den Japanern unter den Orientalen, zu denen die Amerikaner außerdem noch die Chinesen, Koreaner und Inder rechnen, eine Ausnahmestellung verschaffte. Coolidge hat in Besprechungen mit Kongreßmitgliedern versucht, eine Lösung in günstigerem Sinne zu finden. Es ist ihm nicht gelungen, die faisfornischen Senatoren umzustimmen, die nach Senatorus Presbitschen, ihnen nicht nachgeben zu dulden wollen.

Daß Japan noch weitergehende Schritte außer einem ausdrücklichen Protest in Washington unternehmen wird, ist kaum zu erwarten. Okuma Mosfuk hat seinen Außenminister allerdings erinnert. Japans Annahme an Frankreich zeigt sich in diesem Konflikt als vollkommen neutral.

Neues Bombenattentat in China.

Paris, 27. 5. (T. U.) Nach einer Bombenmeldung aus Futschou haben unbekannte Attentäter gestern Abend eine Bombe in das Haus des militärischen Gouverneurs von Futschou, Lu Jungtsiang, geworfen, in dem dieser seit Beginn des Platzes genommen hatte. Zwei Generale wurden verletzt, der Chauffeur und zwei Soldaten getötet. Der Gouverneur selbst blieb unversehrt.

★

Vor wenigen Tagen wurde erst, wie gemeldet, ein mißglückter Attentat gegen den chinesischen Außenminister Dr. Wellington Koo verfucht. Bei dem neuen Versuch handelt es sich um den Generalgouverneur von Futschou, der eine besondere Partei unter den militärischen Mächten in China vertritt. Die Provinz Futschou ist vertragsmäßig japanische Einflußsphäre, doch streiten dort drei chinesische Parteien um die Macht: im Norden der Militärgouverneur selbst, in der Mitte die Partei Dr. Sun Yat-sens aus Kanton, im Süden dessen Gegner General Chen Ching-min, ein Anhänger des zur Chihiskurtei gehörenden Marschall Wu Pei-fu, der sein Hauptquartier in Loyang hat und besonderen Einfluß auf die Zentralregierung in Peking besitzt.

Londoner Konferenz über die Grenzfestsetzung in Zubaland.

London, 27. 5. (T. U.) Die italienischen Sachverständigen für die Grenzfestsetzungskommission im Zubaland reisen heute von Rom nach London ab.

Der Etat im Landtag.

Bei der Fortsetzung der großen politischen Etatsaussprache im Preußischen Landtag bezeichnete der Abg. Dr. Höpker-Aschoff das Wort Ernst Reuters u. a.: Die im Reiche verfügte Besoldungsordnung kann natürlich die Aufgabe, die Preußen zu erfüllen hat, nicht erfüllen. Es ist bezeichnend, wenn der preußische Finanzminister angesichts eines Bedarfs von 200 Millionen Goldmark für die preußischen Beamten hier der einer soll und dieser Betrag nicht, die geplante Verwaltungsvereinfachung geht nicht weit genug. Nur bei Durchführung der demokratischen Vorschläge ist eine wirksame Vereinheitlichung und Vereinfachung der Verwaltungsorganismus zu erreichen. Der Personalabbau im Beamtenstande muß spätestens bis 1. Oktober 1924 beendet sein. Wie reimt sich mit dem Abbau die Anforderung einer Reihe neuer Beamtenstellen im Haushaltsplan zusammen? Hoffentlich wird das Haus diese Anforderungen streichen. Bei den Ersparnismöglichkeiten darf man auch am Landtag und Staatsrat nicht vorübergehen.

Die demokratische Fraktion hofft, daß die Neubildung der Reichsregierung die seit 3 Jahren in Preußen bestehende große Koalition unangetastet lassen wird. Die geräuschvollen deutschen Tage und dergleichen sind nicht geeignet, unsere Volksgemeinschaft dem nationalen Gebot der Stunde zu dienen. Nur in einem starken demokratischen Staatsgebilde werden sich alle Kräfte zum Nutzen Deutschlands entfalten können.

Nach den elsaß-lothringischen Wahlen.

Von
Dr. Karl Brill.

Die drei neueroberten Departements Bas-Rhin (Unterelsaß), Haut-Rhin (Oberelsaß) und Moselle (Lothringen) hatten am 11. Mai ihre Abgeordneten zur französischen Kammer zu wählen. Mehr wohl noch als in „unversöhnlich" war die Wahl hier darauf abgestellt, ein Urteil darüber herbeizuführen, ob das Land mit der Politik des Nationalblocks während der vergangenen fünf Jahre zufrieden war und sie im gleichen Sinne fortgesetzt wissen will. Es hatte nämlich auf Grund des lächerlich-unfinnigen französischen Wahlsystems im Winter 1919 der Nationalblock, d. h. die sogenannte „französische" Deputiertengruppe, in der bei so. „elsaß-lothringische Gruppe" in der Kammer parteimäßig vollständig geschlossen war. Das machte es den Blockgegnern leicht, alle Schuld an den unbefriedigenden Zuständen der „elsaßischen" Vertretung des Landes in Paris aufzuladen.

Der Wahlausfall bezeugt, daß an allen Ecken und Enden Unzufriedenheit aufgeschieden war, die ihre Entladung öffentlichkeit in dem offiziell bemerkbaren Anteigen der Linksstimmen fand. Freilich hat das Wahlsystem bewirkt, daß die veränderten Verhältnisse in den beiden Bezirken Oberelsaß und Lothringen überhaupt nicht in der Berteilung der Sitze zum Ausdruck gekommen ist: in beiden Wahlkreisen ist auch am 11. Mai der Nationalblock reitlos Sieger geblieben. Doch ist in beiden Kreisen der Abstand der Stimmen bedeutlich geringer geworden: Es haben im Oberelsaß den siegenden 58 900 Stimmen nahezu 52 000 gegenüber Stimmen gegenüber gestanden, die nun völlig ohne Vertretung sind; und in Lothringen ist das Verhältnis gar so, daß das „Metzer Freie Journal" mit Bitterkeit feststellen konnte: „57 000 Stimmen erhalten acht Sitze, 55 000 Stimmen erhalten überhaupt keinen Sitz!"

Die einzige sichtbare Aenderung hat das Bild im Unterelsaß erfahren. Hier hat der Nationalblock nicht mehr vermocht, die absolute Mehrheit, d. h. mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen, zu erreichen, so daß der Wahlgang in Anwendung kommen mußte. Dies hat bewirkt, daß von der Blockliste nur Kandidaten gewählt wurden: Mitterer, Wetterle, Walter, Dr. Oberkirch, Prof. Müller, Seltz und Oberlin. Daneben ziehen die zwei Sozialisten Jacques Peirotes und Georges Weill und der Kommunist Kuecher in die Kammer ein. Es darf übrigens darauf hingewiesen werden, daß der frühere „Bloc national" in den drei Bezirken verschieden firmiert hat: in Lothringen nannte er sich „Union républicaine lorraine", im Ober-Elsaß „Alliance républicaine" und im Unterelsaß „Bloc républicain national".

Die Niederlage des Blocks im Unterelsaß hat sehr schon zahlreiche Gründe gezeitigt: die folgenschwerste dürfte zu werten sein, daß der etwas reichlich unnatürliche Wahlbündnis des katholischen Volksparteiers, das früheren Zentrums, mit den Demokraten deshalb einen Riß erhalten hat, weil die Wähler der Demokraten offensichtlich nicht Disziplin gehalten haben, so daß es nach deutlicher gewordenen Ansicht dieser Partei, daß der

land durch die französische Annexion gekommen ist!

„Heute sieht man läßt sich sagen, daß die Unzufriedenheit über die Verwaltung als solche und über den Zwang, dem Innern eingeführten Gesetze und Verfügungen größer ist, als man ahnt", heißt es in den „Glossen zu den Kammerwahlen", die der Colmarer katholische „Elsässer Bauer" bringt. Das gleiche Blatt hat auch darauf aufmerksam gemacht, welch große Zahl sozialistischer Stimmen gerade in kleinen Landgemeinden abgegeben worden sind. „Die Gründe? Unsicherde Unzufriedenheit für die der richtige Ausdruck das Wählen eines Protestpartei keine, einer Partei, die offen und rücksichtslos erklären müßte: Alles Elsaß-Lothringen ist uns gekommen ist, danken wir der Annexion; dann fordern wir freie Volksabstimmung!

Eine Groteske, wie sie kaum irgendwo anders als in diesem unglücklichen Grenzlande denkbar ist: Als die einzige von der Unsitt Nuten gehabt haben, die zwei Sozialisten Peirotes und Georges Weill, haben von dem deutschenfreierischen „Journal d'Alsace et de Lorraine" leichenhaft bekommen, daß von national-französischen Standpunkt eine Wahl durchaus erwünscht sei!! Kein Wunder, ist doch Herr Peirotes wie Herr Weill, natürlich vollin welschdeter „Kreisäßer", Nitter der Ehrenlegion, und bei er sich doch noch nie der Gemeinschaft Gewehrt verbeschenden dürfen, sich als guter Patriot in empfehlende Erinnerung zu bringen. Und Herr Georges Weill hat in nationalistischen Kreisen Aktien noch immer eine bevorzichtliche Gutsehen von Zuspruchen aus der Zeit, da er als Vertreter von Metz im Deutschen Reichstag „wirkte".

In Nitze werden die elsäßlotharingischen Deputiés, die nicht mehr wie bisher eine geschlossene Gruppe bilden, zum ersten Male in die Erscheinung treten. Die frühere „elsäßlotharingische Gruppe", wie schon einheitlich nationalistischerseits, hatte 1920 ihren Einzug in die Kammer mit einer solchen, unbeschreibbaren, immerhin wirkungsvollen Kundgebung bereits eine Rede des lothringischen Abgeordneten François geleitet. Ein solcher Versuch würde diesmal voraussichtlich etwas weniger programmäßig erscheinen. Der so nahlte unterschiedliche Kommunist Hueber zwar nämlich im Wahlkampf erklärt, er werde im Falle seines Wahlsieges in der Kammer in hochdeutscher Sprache gegen den Versailler „Vertrag" Protest erheben! (Ich hebe den französischen Verdacht, daß viele von den „kommunistischen" Stimmen dem Unsland zu danken sind, daß aus in den kommunistischen Versammlungen die Erklärung gewagt worden ist, „für uns ist die elsässische Frage nicht gelöst!")

Das kommende Jahrzehnt elsäßlotharingischer Geschichte kann recht erzählerisch werden! Der an sich schon recht komponierten Legende vom urtümgeschlichen und so unendlich geschichtlich tiefen Lothringen wird da unter Umständen übel mitgespielt werden!

Emminger bayerischer Ministerpräsident?

ku. **München**, 28. 5. (Eigenbericht). Bei der Bayerischen Volkspartei schweben Erwägungen, den Reichstagsabgeordneten und Reichsjustizminister a. D. Emminger als Ministerpräsidenten für Bayern in Vorschlag zu bringen.

Die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat über das Thema: Regierung und Koalitionsbildung in Bayern einen Bericht erstattet. Die Fraktion hat über die Koalitionsbildung in Bayern Beratungen gepflogen und bei den Beratungen über das eingeschlagene Vorgehen zu einem vertraulichen Abschluß gebracht. — Dazu ist zu bemerken, daß in der Zeit vor der Koalitionsbildung in Bayern, sowohl für die Bayerische Volkspartei in Betracht kommt, seine Achtlinien bereits festgelegen worden sind. Die Verhandlungen mit den übrigen Parteien werden nunmehr aufgenommen werden.

Frankfurt, 27. 5. (Eigenbericht). Bei den heutigen Stadtratswahlen erhielten die Sozialdemokraten vier Sitze, die vereinigte Liste der Demokratischen, des Zentrums und der Wirtschaftspartei vier Sitze, die der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und der Arbeitnehmer vier Sitze, die Kommunisten einen, die Deutschvölkischen erhielten keinen Sitz.

Ungültige Stadtverordnetenwahlen.

Kiel, 28. 5. (WB.T.B.) Die Stadtverordnetenversammlung hat gestern auf Grund eines sozialdemokratischen Antrags die Stadtverordnetenwahlen in Kiel für ungültig erklärt, da Verstöße gegen das Wahlgesetz vorgekommen seien.

Der Seeckt-Attentatsplan.

Die medizinischen Gutachten.

(Dritter Verhandlungstag.)

Zu Beginn der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, daß am Neuen Metz von Reichskommissitär für die öffentliche Ordnung die Ausgeschlossenen verwehrt worden sei. Die Presse und Öffentlichkeit, daß sie sich weitere Schritte vorbehalte. Der Zeuge v. Tettenborn hat um eine baldige Vernehmung, da er in der bevorstehenden Ausgaben der Angeklagten in den Kind eines Kostspieles geraten sei.

Dann wurde Amtsgerichtsrat Wagemann über den Charakter des Junckhagen Grandels vernommen. Der Zeuge kennt Dr. Grandel genau und erklärt, daß Grandels Einstellung ausschließlich nur eine gewisse Ueber liege. Ein Wordanschlag liege völlig ausschalten seiner geistigen Einstellung. Er habe bezüglich des Reichsfinanzministers Hamm Eindruck, daß der Ausschlage wie in einem Rausch gehandelt haben müßte.

Der Professor Dr. Grandel, Gust Aupp, schildert den Angeklagten Grandel als sehr anziehlich. Grandels geistiger Zustand ist seit dem Sommer sehr schlecht geworden. Er ist gereizt, reizbar und leidet sehr bezüglich und erkenne mitunter schon nach wenigen Stunden nicht mehr Briefe, die er selbst unterschrieben habe. Mit Schrapen des Verfassers bestätigen auch der Zeuge Wagemann, daß er, der Grandel 1922 ganz legitimal gehalten, jetzt in einem Schlaf im Schlangenkostüm gelegen und verzweifelte Briefen gefunden habe. Dr. Grandel bei diesem Wirsch keine Unschuld bekennt? Zeuge: Nein, ich habe mit Grandel über die Tat fast nicht gesprochen.

Dann erstattete Geh. Rat Stäymer sein medizinisches Gutachten über die Angeklagten. Grandel sei geistesgestört. Der geistige Zustand Grandel sei zweifellos herstörnt und seine Aussagen vorsicht zu bedrauch. Grandel nun in Gefängnis bei Geistesfähigkeit studiert worden. Geistesschwäche liege zwar nicht vor, aber der Schadel sind bedeutet eine Wendung in seinem Leben zu ungunsten des Angeklagten. Seine nächsten Bekannten erklären, bei einer Reise Grandel sehr lebhaftigen Wechsel seines Charakter und Wichtigkeit gewesen sei. § 51 treffe allerdings nicht zu, doch sei er

geistig minderwertig.

Seine Verbrecherhaftung liche in ursächlichem Zusammenhang mit der Zeit.

Was Dr. Grandel angeht, sieht zu seinem organischen Verdachen keine große Ausschlaft in Gegenteil, der keine einen Wahnsinn Dr. Grandel viel Unglück erlebt. Die Schreibung erfolgte, weil Dr. Grandel im Zustand der Geistesfähigkeit seine Stimme mitgeholfen. Er sei seiner ganzen Familie verlassen, 1921 verlor Dr. Grandel sein 2jährigs Sohnchen, das erkrankt und dieses Ereignis war ihm durch ein Horoskop vorausgesagt worden. Diese Tatsache hat ein zum Mißtrauisms und Lokalismus geführt und dies Ereignis war ihm durch ein Horoskop vorausgesagt worden. Diese Tatsache hat ein zum Mißtrauisms und Lokalismus geführt und dies Ereignis war ihm durch ein Horoskop vorausgesagt worden. Diese Tatsache hat ein zum Mißtrauisms und Lokalismus geführt. Zugend eine Geisteskrankheit liegt nicht vor, doch ist ein depressiver Zustand vorhanden.

Med.-Rat Dr. Thiele erklärte, daß die geistigen Funktionen Grandels in der Haft stark abnahmen, daß er den Zubalt von Schriftstücken schon nach Stunden nicht mehr wiedergeben konnte. Grandel leiden an schweren leeblichen Verhältnissen und an Verfolgungsmanie.

Prof. Strauch schilderte dann den Zustand Dr. Grandels. Seine Wiederverbrennung ist erreicht in Zeichen von Verfolgungsmanie, Zeichen im Leben, auch durch den Erfolg, der ihm aus seiner politischen Tätigkeit entstanden ist. Was man das Gefühl, daß er sich Zeichen erfolgreichen Dr. Grandel, daß er als Verfolgter plötzlich aus der Freiheit in die Einzelhaft versetzt worden ist.

Unter allgemeiner Spannung wurde darauf

Justizrat Glaß

vernommen, der unverdrigt aussagt. Berlin: Haben Sie mit Grandel in irgendeiner Form über ein Attentat oder eine Ermordung des Generals v. Seeckt gesprochen? Zeuge: Nein, ich habe mir kein Wort gesprochen. Grandel kennen, der als Vertreter politischer bayerischer Kreise angesagen hat. Grandel, das Sie Gleichgesinnten in einiger Weise vor. Ich habe dann zufällig mit Grandel im selben Abteil nach Berlin gerückt und auch dabei kein Wort gesprochen. Grandel hat sich ich ich ich einigen, besonnener Mann sei. Ich trat dann in Gilmünchen um ihn zusammen und Grandel erklärte mir mehrere seiner bekannten Ideen. Wir verhandelten damals über Dinge die das Neubestehen Gebietes, die ich nur bei geistesklarer Einstellung der mehrere seiner bekannten Ideen. Grandel unterrichtete mich und meine Freunde über die Lage in der Pfalz und Bayern. Es kann die Zeit der Einstellung der Reichswehr des Landes. Wir waren damit nicht einverstanden und taten, was dagegen von privater Seite zu machenen war.

Bei dem Aufstand in der sächsischen Landwehrschule ist die Sächsische Reichswehr auch zur Hilfe gerufen mit 120 Mann eingetreten.

Die Verwaltungsreform in Preußen.

Gesetzentwurf der Staatsregierung.

Die Frage einer Vereinfachung der preußischen Verwaltung ist im Zusammenhang mit dem im Gange befindlichen Personalabbau und den sonstigen Einschränkung der Staatsausgaben vielfach in der Öffentlichkeit erörtert worden. Nunmehr hat das Preußische Staatsministerium den Entwurf eines Gesetzes über die Vereinfachung der Verwaltung vorgelegt, der von Staatsrat in der nächsten Zeit verabschiedet werden wird. Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt über den Inhalt folgendes mit:

Der Entwurf geht davon aus, daß, wie in anderen Ländern, so auch in Preußen zwischen Orts- und Zentralinstanzen nur eine Mittelinstanz nötig ist, um praktische Entscheidungen fällen zu können, daß es jedenfalls zu diesem Zweck nicht erforderlich ist, Zwischenen aufzubauen zu bauen. Dieser Grundgedanke ist entsprechend der autoritäre Anlage der preußischen Verwaltung, die in dem Regierungspräsidenten die Mittelinstanz vorsieht, die Verwaltung und die Verteilung der Aufgaben berufen ist. Daß dadurch der Oberpräsident als standiger Kommissär des Ministers einzelnen Aufgaben und verfassungsrechtlichen und politischen Gründen, bei denen nicht zur Folge gehabt, daß der Oberpräsident und der Regierungspräsident eingelegenen wurde. Die Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte allerdings hat diesen Grundgedanken unserer verwischt, als in einer Reihe von Fällen der Oberpräsident als Beschwerdeinstanz über den Regierungspräsidenten eingeschaltet oder ihm auch die erstinstanzliche Entscheidung einer Anzahl ihm sonst fremder Angelegenheiten übertragen wurde (z. B. in Bauangelegenheiten, Polizeiangelegenheiten). In gleicher Richtung hat sich die Entwicklung vollzogen der Kriegs- und Nachkriegszeit bewegt. Indem der Entwurf an den Grundgedanken der Verwaltungsorganisation zurückkehren will, erreicht er mit der Verkürzung des Instanzenzuges eine Verbilligung und Beschleunigung der Verwaltung.

Die Frage, ob bei dieser Grundeinstellung der Oberpräsident und der Regierungspräsident nebeneinander als Behörden bestehen bleiben müssen, beantwortet der Entwurf dahin, daß darauf, unter den gleichen Gesichtspunkten und aufgemalisischen Verhältnissen, die Aufgabe einer der beiden Behörden nicht annangzeln ist. So behält der Oberpräsident wichtige Aufgaben in der Aufsicht über die provinziellen Kommunalverwaltung und verfassungs- und rechtsrechtlichen Organisationen, welche sich nur den Grundlinie der Provinz erstrecken; Kandminister Staatsministerium, Verfassungsgerichtshofkommission usw. Außerdem bleibt auch die Organisation des Provinzialschulkollegiums und der Wasserstraßenverwaltung. Er hat in Zweifelsfällen das Recht dahen, den Regierungspräsidenten allgemeine bindende Anweisungen zu geben, soweit ihm das zur Wahrung der einheitlichen der Politik innerhalb der Provinz erforderlich erscheint. Die Begründung betont dabei, daß dieses Anweisungsrecht nicht mißbrauchsfähig ist, gerneuten Ausbildung der Doppelleitung ausgeübt werden soll, und der Entwurf sieht die Möglichkeit dann vor, daß der Oberpräsident gleichzeitig Regierungspräsident in seinem Amtsbezirk wird.

Neben diese gesetzliche Neuordnung der Zuständigkeiten zwischen Regierungspräsident und Oberpräsident wird, wie die Begründung bekanntgibt, eine Bereinigung der bisherigen Zuständigkeiten treten, indem im Verwaltungsbezirke darauf hingewirkt wird, daß lediglich aus der Zweckmäßigkeit und der Wirtschaftlichkeit und der Mittelinstanz in die Lokalinstanz möglichst alle Angelegenheiten Entscheidungen werden, welche nicht aus zwingenden Gründen bei der übergeordneten Stelle erledigt werden müssen.

Auch das Verwaltungsstreit- und Beschlußverfahren bringt der Entwurf eine Reihe von Vereinfachungen, welche ausgeführt sind in der Begründung der Verwaltungsreform von dem Zweige geplant waren, zum Teil sich in der nachfolgenden Zeit als wünschenswert herausgestellt haben.

Die Verordnungen sind in die Form einer Novelle zum Landesverwaltungsgesetz gekleidet und zu einer Reihe anderer Gesetze geflochten. Es ist begreiflich, daß das Landesverwaltungsgesetz durchaus nicht vereinfacht wird. Auf jeden Fall muß aber durch den Weg eine Schwächung, ein Unterschied gegen vorher entstehen, sicht in ein Gesetzbuch, sonst ist auf die Dauer sogar Leben nicht möglich.

★

Der Temperaturrest des Wassers ist nun am häufigsten für die Zwecke der Abkühlung verwendet worden. Wenn man Abkühlung eingehen aber, daß die übrigen Kältemittel eine stark Reize wirksam sind. Die Temperatur des Wassers ist nicht zu hoch, wird die Wärmeabgabe des Blutes gegen das Körperinnere ausgeschränkt trotz der Wärme der Haut, die vielleicht später einen Gefäßkrampf, der sich einschließt, lediglich ein Zeichen für ein erweitertes Kapillarnetzes ist, kein Merkzeichen aber für die Einteilung der Wärmegrade. Wenn das Wasser kälter ist, tritt Reizung ein, tritt ein Erlaß des Wärmeverlustes, eine Nachhitze und ein Erlaß an Zeichen der Reizung ein. Das ist ein Zeichen, daß Reizung vorrat heißt. Ist diese Leistungsfähigkeit des Körpers aber nicht mehr vorhanden, kann tritt Wärmestau ein, es kann ohne erhöhte Kraftaufwand infolge der herabgesetzten Widerstände eine größere Wärmeabgabe erfolgen, ein erhöhter Gefäßkrampf tritt

Unpolitische Tagesschau.

Berlin, den 28. Mai 1924.

Sie hat gedacht.

Eine leider wahre Geschichte.

Man sollte nicht glauben, wie schwer es ist, richtig gekochte Fünfminuten-Eier zu bekommen: das Wieze ziemlich fest, das Gelbe weich. Ein Jahr lang wollte ich in einer Pension des Berliner Westens. Beim Essen wurde ich nach meinen Wünschen betreffs der zum Morgenkaffee üblichen Eier befragt. „Fünf Minuten" lautete stets, ich indes nach meinen Erfahrungen mit der Pensionsarbeit von Küchinnen skeptisch in die Zukunft. Wirklich gelang in den 365 Tagen höchstens gehnmal die Sache meiner Wünsche, manchmal aber was wohl auch mehr durch Zufall, im übrigen aber waren die Eier entweder hart oder das Eiweiß noch einer unapetitlichen Weiße. „Nun Abgewohnen! Meine Bedienerin, zwei lustig, dann energisch, blieb erfolglos.

Wenn der Mensch sich schon frühmorgens ärgert, so pflegt ihm die Laune für den ganzen Tag verdorben zu sein. Ich hatte auf die Eier ganz und gar verzichten können, lieber gehören sie aber zu meinen bescheidenen Lieblingsgerichten. Schließlich wurde mir die Geschichte zu dumm, ich entschloß mich den Unlustchen des Mißgeschicks und hörte, daß in Ermangelung einer Küchenuhr die Eier nach Zählen gekocht wurden. Offenbar hatte man mal zu schnell und mal zu langsam gezählt. Jedenfalls schien mir diese Methode etwas mangelhaft zu sein. Ich stiftete einen Weder und knüpfte daran die kühnsten Hoffnungen. Als unmerklich nicht dummer Mensch sollte man so etwas besser unterlassen. Das wäßerige Eiweiß wollte sich keineswegs verdicken. Trotzdem die Mädchen und einer Abwechslung bedürfen mag, von denen mindestens eine auf die in diesem Zweck geschenkte Uhr stehe schon fummen. Und es blieb weiter dabei, daß das Dienstmädchen jeden Vormittag auf dem Teller neben dem Eierbecher die von mir bescheidnete Minute fand und bedauernd erklärte: „Ich schade, die Mamsell hat doch gedacht, es wäre richtig". Wenn sie statt zu denken lieber das Zifferblatt beachtet hätte . . .

* *

Zeit einiger Zeit bewohne ich einige möblierte Zimmer bei einer Witwe, die vor dem Krieg ein Restaurant mit Bewirtschaftung betrieben hat. Diese Frau mich zweifellos — so folgerte ich — Eier zu kochen verstehen; es ist zu übrigens kein Kunstzirkus und im Grunde genommen die einfachste Sache von der Welt.

Wer es aber dennoch entweg ich es, meinem leeren Magen zwei steinharte Eier zuzuführen. Dann erkundigte ich mich, ob sie eine Küchenuhr besäße. Jawohl! Und sie koche die Eier nach ungefähr nicht weniger und nicht mehr als fünf Minuten! —

Wie konnte es dennoch zugehen, daß sie regelmäßig hart waren? Hier lag entschieden ein Problem.

Ich zerbrach mir den Kopf, ohne eine Lösung zu finden. Schließlich stellte ich eine Frage, auf die ich bestimmt eine bejahende Antwort hörte, unwahrscheinlich war, aber ich sah keine andere Möglichkeit: „Sagen Sie, liebe Frau, Sie lassen möglichst die Eier, nachdem Sie die Kaffeemaschine Wasser genommen haben, immer noch eine Weile in dem heißen Wasser liegen?

— „Ja, gewiß, inzwischen mache ich den Kaffee. Ich habe gedacht, dann bleiben sie heiß." Jetzt nun sie an diesem Zipfel in ein Tuch wickeln kann, ohne sie nicht. Sie hat jedenfalls gedacht . . .

* *

Ich habe eine schlaflose Nacht verbracht mit der Frage: warum denken die Frauen überhaupt? Wenn doch nie das richtige. Ei dabei herauskommt! D. St.

Beherbergungssteuer und Fremdenverkehr.

Zu den Verkehrsschwierigkeiten, mit wie und die unerfreulichen für den Fremdenverkehr Groß-Berlins bereitet, der Beherbergungssteuer die Hauptschuld in dem Rückgang des Fremdenverkehrs zugeschrieben. Die Berliner Stadtverwaltung hat bereits die Steuer, die vorläufig für das Ausland bis zu 50% des Zimmerpreises ging, auf 25% ermäßigt, aber auch dieser Satz erweist sich noch als Hindernis für die Wiederbelebung des Fremdenverkehrs. Die Gastwirtschaft für den Fremdenverkehr hat daraus einer neuerlichen Vorstellung seine Mißgunst zu Beseitigung der Beherbergungssteuer ohne zum wirklichen die wirtschaftlichen Grundlagen zerstörtigt. Sie weist darauf hin, daß eine Reihe von Städten, u. a. Koblenz, Wiesbaden und alle Kurorte, die Steuer ganz abgeschafft, andere, wie Bonn, Nürnberg usw., sie von 25 % bzw. 20 % auf 10 % herabgesetzt haben und daß der Oberbürgermeister von Trier, der Groß, die alt ette die Beherbergungssteuer eingeführt hatte, diese Steuer jüngst offentlich als „Unsinn" und unhaltbar bezeichnet. Die Hauptstadt empfiehlt deshalb die Beseitigung der Steuer, zumal der Ertrag einer hohen Besteuerung, der Fremdenverkehr, den Wirtschaftsaufschwung und alle übrigen Steuerquellen durch den verkümmernden Fremdenverkehr erleiden.

Ein amerikanisches Hotel niedergebrannt.

20 Tote, zahlreiche Verletzte.

Eine folgenschwere Brandkatastrophe hat sich, wie aus New Yorf einerlei wird, in Newark (Staat New Jersey) zugetragen. In einem der großen Hotels brach nachts Feuer aus, das sich schnell ausdehnte, so daß das ganze Hotel in Rauch und Flammen wurde. Die Feuerwehrmänner entdeckten, während die Hotelgäste schliefen. Man zählt bisher 20 Tote und zahlreiche Verletzte. Viele Gäste, die in ihren Zimmern schlafen und bei lebendigem Leibe gerieten, wurden kenntlich, sind in ihren Betten erstickt und verbrannt. Während der Katastrophe brachen sich furchtbare Szenen ab.

Newark ist der Mittelpunkt des Gemüse-Eifer im Staate. Man Jersey und liegt am Passaicfluß, nahe an dessen Mündung in die Newarkbucht. Trotz der Zunahme durch die Umsiedler Gleichen alle es als einer der Bereste New Yorks, hat aber selbst eine ansehnliche Industrie.

Zwei schwere Ueberfälle.

Eine Bande von Straßenräubern verübte Dienstag abend in der Salzwedeler Straße einen Ueberfall auf ein Hjährriges Mädchen, das mit einem Kinderwagen von einer Mamsell, zwei Dienstmädchen und einer Abwechsfrau begleitet war, von denen mindestens eine auf die in diesem Zweck geschenkte Uhr hätte sehen können. Und es blieb weiter dabei, daß das Dienstmädchen jeden Vormittag auf dem Teller neben dem Eierbecher die von mir bescheidnete Minute fand und bedauernd erklärte: „Ich schade, die Mamsell hat doch gedacht, es wäre richtig". Wenn sie statt zu denken lieber das Zifferblatt beachtet hätte . . .

* *

Zeit einiger Zeit bewohne ich einige möblierte Zimmer bei einer Witwe, die vor dem Krieg ein Restaurant mit Bewirtschaftung betrieben hat. Diese Frau mich zweifellos — so folgerte ich — Eier zu kochen verstehen; es ist zu übrigens kein Kunstzirkus und im Grunde genommen die einfachste Sache von der Welt.

Wer es aber dennoch entweg ich es, meinem leeren Magen zwei steinharte Eier zuzuführen. Dann erkundigte ich mich, ob sie eine Küchenuhr besäße. Jawohl! Und sie koche die Eier nach ungefähr nicht weniger und nicht mehr als fünf Minuten! —

Wie konnte es dennoch zugehen, daß sie regelmäßig hart waren? Hier lag entschieden ein Problem.

Ich zerbrach mir den Kopf, ohne eine Lösung zu finden. Schließlich stellte ich eine Frage, auf die ich bestimmt eine bejahende Antwort hörte, unwahrscheinlich war, aber ich sah keine andere Möglichkeit: „Sagen Sie, liebe Frau, Sie lassen möglichst die Eier, nachdem Sie die Kaffeemaschine Wasser genommen haben, immer noch eine Weile in dem heißen Wasser liegen?

— „Jo, gewiß, inzwischen mache ich den Kaffee. Ich habe gedacht, dann bleiben sie heiß." Jetzt nun sie an diesem Zipfel in ein Tuch wickeln kann, ohne sie nicht. Sie hat jedenfalls gedacht . . .

* *

Ich habe eine schlaflose Nacht verbracht mit der Frage: warum denken die Frauen überhaupt? Wenn doch nie das richtige

Einkommensteuer von der Luxussteuer.

Ein Kuriosum der Doppelbesteuerung.

Die deutschen Steuerzahler sind sich wohl allgemein darüber einig, dass das Reichsfinanzministerium sich auf jede möglichte Art Geld zu verschaffen sucht. Oberstes Gesetz sollte jedoch bezüglich der Besteuerung auch für das Finanzministerium die Gerechtigkeit sein. Das scheint aber nicht der Fall zu sein, da in häufigen Fällen eine durchaus ungerechtfertigte Doppelbesteuerung vorgenommen wird. So muss z. B. von der Umsatzsteuer Einkommensteuer gezahlt werden. In besonders krasser Weise trifft dies auf die Industrien zu, die die sogenannte Luxussteuer zu zahlen haben. Sehr schwerwiegend ist, da sie 15% des Umsatzes beträgt, dass auch von ihr — vorläufig — Einkommensteuer bezahlt werden muss. Das ist eine Ungerechtigkeit, denn während der normale Fabrikant von 1000 M. Umsatz nur 2% % für die Umsatzsteuer abzuführen hat und 975 M. für sich behalten kann, hat der luxussteuerpflichtige Fabrikant zunächst 150 M. Luxussteuer abzuführen, er muss aber für sich den verbleibenden 850 M. genau diesselben Einkommensteuervorauszahlungen leisten, wie der andere mit seinen 975 M. Wenn es schon eine Ungerechtigkeit ist, dass man der Tabakindustrie den Abzug ihrer Tabaksteuern gestattet, dem Fabrikanten, dessen Artikel nicht mit einer Sondersteuer, aber dafür mit der erhöhten Umsatzsteuer, der Luxussteuer, belastet sind, den Abzug dieser Luxussteuer aber nicht gestattet, so wird die Sache noch erheblich ungerechter, wenn die Luxussteuer bei den Einkommensteuervorauszahlungen für Automobile und Teppiche abgezogen werden darf, für andere Artikel aber nicht — vergl. erste Durchführungsbestimmungen über die Vorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftssteuer im Kalenderjahr 1924 auf Grund der zweiten Steuernotverordnung 2. Abschnitt G 1b Reichssteuerblatt 1924 Seite 26 und zweite Durchführungsbestimmungen A 12 Reichssteuerblatt 1924 Seite 83. Man hat also eingesehen, dass die Luxussteuer abgezogen werden muss, gestattet es aber nur zwei Industrien, allen anderen nicht.

Das Finanzministerium scheint auf den Standpunkt zu stehen, dass Fabrikanten, die luxussteuerpflichtige Erzeugnisse herstellen, mehr verdienen, als solche, die keine luxussteuerpflichtigen Erzeugnisse herstellen, obwohl bekannt sein dürfte, dass gerade die mit Luxussteuer belasteten Industrien besonders schwer um ihre Existenz kämpfen müssen, und dass es ihnen nicht möglich ist, um überhaupt Geschäfte zu machen, die Luxussteuer in voller Höhe auf ihre Preise aufzuschlagen. Auftragsmangel und infolgedessen Arbeitskürzungen in einer Industrie, die luxussteuerpflichtige Qualitätsware herstellt, reden eine deutliche Sprache. Wenn schon die Luxussteuer unsozial ist — denn sie trifft auch den Arbeitnehmer und verhindert den Nachwuchs von Qualitätsarbeitern, die Stärke Deutschlands war aber Qualitätsarbeit und sollte gefördert und nicht bestraft werden —, so sollte die damit belastete Industrie nicht noch eine Zusatzstrafe durch Zahlung einer auch noch erhöhten Einkommensteuer erhalten. Von dieser Stelle wird an die Gesamtheit appelliert, dieser Appell sollte sich aber nicht nur an die Steuerzahler richten, sondern auch an das Finanzministerium, denn dieses hat mit gutem Beispiel vorzugehen. Das Fundament jeder Moral aber ist Gerechtigkeit.

Dr. Christiansen.

Ueberflüssige Neugründungen in der Margarineindustrie.

Man kann wahrlich nicht behaupten, das von der Zehrung an seiner Substanz erschöpfte, durch die Reparationslasten ausgepumpte Deutschland sei heute mit einem Ueberfluss an Kapital gesegnet. Seine kapitalistische Produktionsweise wird von Tag zu Tag schwächer. Es wäre daher sparsamstes Haushalten mit dem verfügbaren Mitteln geboten; dass geschieht erster Linie, dass jeder Pfennig an der Stelle des dringendsten Bedarfs seine Verwendung findet, jede überflüssige oder minder notwendige Anlage aber ganz unterbleibt. Und dennoch ... es erscheint unglaublich, wie gegen diese Einsicht gesündigt wird.

Eines der Beispiele solcher relativen Vergeudung von Volkseigentum bildet die ständige Neuerrichtung von Margarinefabriken. Ein volkswirtschaftliches Bedürfnis hierzu liegt nicht im geringsten vor, denn die Kapacität der bestehenden Werke würde vollauf zur Befriedigung des dreibis vierfachen Bedarfs genügen; die Möglichkeit zur Ausdehn ist völlig verschwunden, hat auch vor dem Kriege nicht bestanden. Die Fabriken liegen zu einem Teil still, zum anderen arbeiten sie in unwirtschaftlicher Kurzarbeit mit halber und dritter Kraft; auf dem Markt macht sich eine Abstatzstockung fühlbar, die zur Schleuderkonkurrenz führt und vielen Werken Verluste zufügt. Trotzdem tauchen immer weitere Neuanlagen auf, die sich vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus als eine Verschwendung wichtiger Kapitalkraft erweisen. Die Erfahrung lehrt auch, dass es schon rein privatwirtschaftlich ein Fehler ist, sich in eine bereits stark übersetzte Industrie hineinzudrängen. Solche Neugründungen sind, je später sie auftreten, desto eher zum Verkümmern verurteilt. Uebrigens wäre selbst ein scheinbarer Kinderfehler vom Standpunkt des Gesamtwohlstandes reichlich aufwiegen durch die dabei hervorgerufene Entwertung aller bereits bestehenden, obnehin schwer um ihren Bestand ringenden Anlagen. Mit jeder Neugründung wird das Gesamtdefizit der Volkswirtschaftbilanz vergrössert. Man ist also sehr wohl berechtigt, von einem „Elend der Neugründungen in der Margarineindustrie" zu reden, sogar wenn das eine oder andere aus der Zahl der neuen Unternehmungen nicht sofort zusammenklappt dank dem Umstand, dass es sich auf einer zum Alkoholspeise erweiterten Brennereieinrichtung oder einem sonstigen lebensunfähigen Betriebe aufzubauen verstanden hat. Jede derartige Neugründung müsste sich jedenfalls bewusst sein, dass sie sich auf einen von einer rückläufigen Konjunktur völlig ausgebildeten Boden begibt.

Diskontherabsetzung in der Tschechoslowakei.

Beim tschechischen Finanzministerium hat beschlossen, die Bankrate des Bankamts für den Verkehr mit Wertpapierkoupons von 6% auf 6% herabzusetzen. — Zurzeit gelten die nachstehenden Diskontsätze in den wichtigsten Ländern.

	%	seit		%	seit
Deutschland	10	22. 12. 23	Lettland	8	16. 3. 24
Belgien	7	20. 2. 24	Norwegen	7	10. 11. 23
Bulgarien	7	11. 7. 22	Oesterreich	5	2. 2. 22
Danzig	7	17. 1. 24	Polen	10	12. 11. 23
England	4	5. 7. 23	Portugal	7	17. 9. 23
Finnland	9	5. 3. 24	Rumänien	6	4. 9. 20
Frankreich	6	17. 1. 24	Schweden	5	8. 11. 23
Griechenland	10	14. 1. 23	Schweiz	5	21. 3. 23
Brit. Indien	8	10. 4. 21	Spanien	5	23. 3. 23
Japan	8	18. 11. 19	slowakei	6	28. 5. 24
Niederlande	4	24. 1. 24	Ungarn	20	2. 4. 24
Italien	5	10. 7. 24	V. Staaten	4	30. 4. 24
Jugoslawien	6	—			

Preussische Staatsbank.

Das Institut gibt bekannt, dass seine Kassen wochentäglich bereits um 8½ Uhr öffnet. Die Kassenstunden dauern auch Sonnabends bis 2 Uhr.

Zusammenlegung der Aktienkapitals bei der Bremer Silberwarenfabrik A.-G.

Die Generalversammlung eröffnete Gesellschaftsplan der 1. Januar 1924. Hiernach wurde das bisherige Papiermarkkapital unverändert in vorläufige Mark umgewandelt. Aus dem Reingewinn kommen 10 G.-M. Dividende für jede Aktie zu Verteilung. Ferner wurde die Umwandlung von 60 000 Vorzugsaktien in Stammaktien beschlossen.

Norddeutsche Kabelwerke A.-G., Neukölln.

Die Gesellschaft schliesst das am 30. September 1923 abgelaufene Geschäftsjahr mit einem Reingewinn von 1,6 Bill. M. ab, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Das Ergebnis wurde allein durch die Entwertung der Bilanzwerte, durch einen mehrwöchentlichen Streik ungünstig beeinflusst. Der Umsatz ist der Menge nach nur unwesentlich gegenüber dem des Vorjahres zurückgeblieben. Die am 13. 2. 1923 beschlossene Kapitalerhöhung um 35 auf 50 Bill. M. ist durchgeführt worden.

Neue Baumwollspinnerei A.-G. in Bayreuth.

Das Geschäftsjahr schliesst nach der Bilanz vom 31. Dezember 1923 mit einem Reingewinn von 320 974 Bill. M. ab, aus dem nach dem Beschluss der Generalversammlung per Aktie 1 Dominemark verteilt werden.

Berliner Börse.

28. 5.

Fest.

Beruhigend auf die Börse wirkten die Erwartung, dass die Kabinettsbildung heute zustande kommen werde, sowie Meldungen aus dem Ruhrrevier, die auf eine baldige Einstellung des Bergarbeiterausstandes schliessen lassen. Auch die Nachricht von der Liquidation des Frankfurter Bankhauses Neuville wirkte mit bei, die Stimmung zu befestigen. Ueber das Ultimoarrangement im Metallhandel waren befriedigende Gerüchte verbreitet. Die feste Tendenz der Börse kam mehr in den Kursen, die grösstenteils Besserungen aufweisen, als in den Umsätzen zur Geltung, die sich auf den meisten Gebieten in engen Grenzen bewegten. Der Geldmarkt war unverändert. Für die Mark wurden aus dem Ausland feste Kurse gemeldet.

Rheinische Montanwerte gegen zu Beginn bis um etwa 3% an, doch fand diese Bewegung später keine Fortsetzung, weil das Geschäft mehr oder minder ganz ins Stocken geriet. Besonders fest lagen Hüttenwerke, + 4 (50), ferner Deutsch-Luxemburg (47¾). Bochumer (49¼). Oberschlesische Werte waren ein Ungerechtigkeit ist, dass man der Tabakindustrie den Abzug ihrer Tabaksteuern gestattet, dem Fabrikanten, dessen Artikel nicht mit einer Sondersteuer, aber dafür mit der erhöhten Umsatzsteuer, der Luxussteuer, belastet sind, den Abzug dieser Luxussteuer aber nicht gestattet, so wird die Sache noch erheblich ungerechter, wenn die Luxussteuer bei den Einkommensteuervorauszahlungen für Automobile und Teppiche abgezogen werden darf, für andere Artikel aber nicht — vergl. erste Durchführungsbestimmungen über die Vorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftssteuer im Kalenderjahr 1924 auf Grund der zweiten Steuernotverordnung 2. Abschnitt G 1b Reichssteuerblatt 1924 Seite 26 und zweite Durchführungsbestimmungen A 12 Reichssteuerblatt 1924 Seite 83. Man hat also eingesehen, dass die Luxussteuer abgezogen werden muss, gestattet es aber nur zwei Industrien, allen anderen nicht.

Das Finanzministerium scheint auf den Standpunkt zu stehen, dass Fabrikanten, die luxussteuerpflichtige Erzeugnisse herstellen, mehr verdienen, als solche, die keine luxussteuerpflichtigen Erzeugnisse herstellen, obwohl bekannt sein dürfte, dass gerade die mit Luxussteuer belasteten Industrien besonders schwer um ihre Existenz kämpfen müssen, und dass es ihnen nicht möglich ist, um überhaupt Geschäfte zu machen, die Luxussteuer in voller Höhe auf ihre Preise aufzuschlagen. Auftragsmangel und infolgedessen Arbeitskürzungen in einer Industrie, die luxussteuerpflichtige Qualitätsware herstellt, reden eine deutliche Sprache. Wenn schon die Luxussteuer unsozial ist — denn sie trifft auch den Arbeitnehmer und verhindert den Nachwuchs von Qualitätsarbeitern, die Stärke Deutschlands war aber Qualitätsarbeit und sollte gefördert und nicht bestraft werden —, so sollte die damit belastete Industrie nicht noch eine Zusatzstrafe durch Zahlung einer auch noch erhöhten Einkommensteuer erhalten. Von dieser Stelle wird an die Gesamtheit appelliert, dieser Appell sollte sich aber nicht nur an die Steuerzahler richten, sondern auch an das Finanzministerium, denn dieses hat mit gutem Beispiel vorzugehen. Das Fundament jeder Moral aber ist Gerechtigkeit.

Dr. Christiansen.

Ueberflüssige Neugründungen in der Margarineindustrie.

Man kann wahrlich nicht behaupten, das von der Zehrung an seiner Substanz erschöpfte, durch die Reparationslasten ausgepumpte Deutschland sei heute mit einem Ueberfluss an Kapital gesegnet. Seine kapitalistische Produktionsweise wird von Tag zu Tag schwächer. Es wäre daher sparsamstes Haushalten mit dem verfügbaren Mitteln geboten; dass geschieht erster Linie, dass jeder Pfennig an der Stelle des dringendsten Bedarfs seine Verwendung findet, jede überflüssige oder minder notwendige Anlage aber ganz unterbleibt. Und dennoch ... es erscheint unglaublich, wie gegen diese Einsicht gesündigt wird.

Eines der Beispiele solcher relativen Vergeudung von Volkseigentum bildet die ständige Neuerrichtung von Margarinefabriken. Ein volkswirtschaftliches Bedürfnis hierzu liegt nicht im geringsten vor, denn die Kapacität der bestehenden Werke würde vollauf zur Befriedigung des dreibis vierfachen Bedarfs genügen; die Möglichkeit zur Ausdehn ist völlig verschwunden, hat auch vor dem Kriege nicht bestanden. Die Fabriken liegen zu einem Teil still, zum anderen arbeiten sie in unwirtschaftlicher Kurzarbeit mit halber und dritter Kraft; auf dem Markt macht sich eine Absatzstockung fühlbar, die zur Schleuderkonkurrenz führt und vielen Werken Verluste zufügt. Trotzdem tauchen immer weitere Neuanlagen auf, die sich vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus als eine Verschwendung wichtiger Kapitalkraft erweisen. Die Erfahrung lehrt auch, dass es schon rein privatwirtschaftlich ein Fehler ist, sich in eine bereits stark übersetzte Industrie hineinzudrängen. Solche Neugründungen sind, je später sie auftreten, desto eher zum Verkümmern verurteilt. Uebrigens wäre selbst ein scheinbarer Kinderfehler vom Standpunkt des Gesamtwohlstandes reichlich aufwiegen durch die dabei hervorgerufene Entwertung aller bereits bestehenden, obnehin schwer um ihren Bestand ringenden Anlagen. Mit jeder Neugründung wird das Gesamtdefizit der Volkswirtschaftbilanz vergrössert. Man ist also sehr wohl berechtigt, von einem „Elend der Neugründungen in der Margarineindustrie" zu reden, sogar wenn das eine oder andere aus der Zahl der neuen Unternehmungen nicht sofort zusammenklappt dank dem Umstand, dass es sich auf einer zum Alkoholspeise erweiterten Brennereieinrichtung oder einem sonstigen lebensunfähigen Betriebe aufzubauen verstanden hat. Jede derartige Neugründung müsste sich jedenfalls bewusst sein, dass sie sich auf einen von einer rückläufigen Konjunktur völlig ausgebildeten Boden begibt.

Diskontherabsetzung in der Tschechoslowakei.

Beim tschechischen Finanzministerium hat beschlossen, die Bankrate des Bankamts für den Verkehr mit Wertpapierkoupons von 6% auf 6% herabzusetzen. — Zurzeit gelten die nachstehenden Diskontsätze in den wichtigsten Ländern.

	%	seit		%	seit
Deutschland	10	22. 12. 23	Lettland	8	16. 3. 24
Belgien	7	20. 2. 24	Norwegen	7	10. 11. 23
Bulgarien	7	11. 7. 22	Oesterreich	5	2. 2. 22
Danzig	7	17. 1. 24	Polen	10	12. 11. 23
England	4	5. 7. 23	Portugal	7	17. 9. 23
Finnland	9	5. 3. 24	Rumänien	6	4. 9. 20
Frankreich	6	17. 1. 24	Schweden	5	8. 11. 23
Griechenland	10	14. 1. 23	Schweiz	5	21. 3. 23
Brit. Indien	8	10. 4. 21	Spanien	5	23. 3. 23
Japan	8	18. 11. 19	slowakei	6	28. 5. 24
Niederlande	4	24. 1. 24	Ungarn	20	2. 4. 24
Italien	5	10. 7. 24	V. Staaten	4	30. 4. 24
Jugoslawien	6	—			

Preussische Staatsbank.

Das Institut gibt bekannt, dass seine Kassen wochentäglich bereits um 8½ Uhr öffnet. Die Kassenstunden dauern auch Sonnabends bis 2 Uhr.

Zusammenlegung der Aktienkapitals bei der Bremer Silberwarenfabrik A.-G.

Die Generalversammlung eröffnete Gesellschaftsplan der 1. Januar 1924. Hiernach wurde das bisherige Papiermarkkapital unverändert in vorläufige Mark umgewandelt. Aus dem Reingewinn kommen 10 G.-M. Dividende für jede Aktie zu Verteilung. Ferner wurde die Umwandlung von 60 000 Vorzugsaktien in Stammaktien beschlossen.

Norddeutsche Kabelwerke A.-G., Neukölln.

Die Gesellschaft schliesst das am 30. September 1923 abgelaufene Geschäftsjahr mit einem Reingewinn von 1,6 Bill. M. ab, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Das Ergebnis wurde allein durch die Entwertung der Bilanzwerte, durch einen mehrwöchentlichen Streik ungünstig beeinflusst. Der Umsatz ist der Menge nach nur unwesentlich gegenüber dem des Vorjahres zurückgeblieben. Die am 13. 2. 1923 beschlossene Kapitalerhöhung um 35 auf 50 Bill. M. ist durchgeführt worden.

Neue Baumwollspinnerei A.-G. in Bayreuth.

Das Geschäftsjahr schliesst nach der Bilanz vom 31. Dezember 1923 mit einem Reingewinn von 320 974 Bill. M. ab, aus dem nach dem Beschluss der Generalversammlung per Aktie 1 Dominemark verteilt werden.

Anlagekurse der fortlaufend notierten Papiere

der Berliner Börse vom 28. Mai.

(In Billionen.)

Inländische festverzinsliche Werte.		Bergmann	7,75
Deutsch.-Schatz.	8,25	Bergwerk	8,62
4% Reichsanl.	0,5	Bremer Wolle	0,75
4% Gold-Pfandbr.	1,4	Brown Boveri	1,4
4% Gr. Berl. Pfandbr.	0,25	Buderus	0,25
4% Pr. R.-A.	410 M	Bunzlauer	0,5
4% do.	400 M	Calmon Asbest	0,5
3½% do.	522 M	Chem. Grünau	1,5
Pr. St.-Schatz. 1-15	—	Chem. Heyden	1,5
4% do.	1,5 M	Chemnitzer Kattun	1,5
3½% do.	1,5 M	Conti Linoleum	1,5
4% Gr. Berlin	0,5	Continental Gummi	1,5
4% do. ausländ.	0,5	Cuno	1,5
4% Pr. Anl.	215 M	Daimler	2,5
3½% do.	100 M	Dessauer Gas	1,5
3% do.	215 M	Deutsch-Atl. Telegr.	4,12
3% Bayr. St.-A.	—	Dt. Erdöl	1,75
3% do.	—	Dt. Gold- u. Silber	2,5
Ausländische festverzinsl. Werte.		Dt. Kabel	1,75
4% Mex. Anl.	0,5	Dt. Reichsbahn	2,5
4% do. St. S. 14	—	Dt. Steinzeug	1,5
4% do. ausl. R.	—	Dt. Ton- u. Steinzeug	1,5
5% do. Gold-R.	7,25	Dt. Wolle	1,5
4% do. Anl.	0,15	Dyckerhoff	1,5
4% do. Bodenkr.	—	Dynamit Nobel	1,5
4% do. Tab.-Rente	0,5	Elektr. Licht	1,5
4% do. Gold	—	Elektr. Lieferung	1,5
4% do. ausländ.	—	Elektr. Liefer.	1,5
4% Pr. Anl.	4,62	Elektr. Werke	1,5
4% do. St. 10	—	Elektr. Werte	1,5
4% do. Gold	—	Emaillier. Ges.	1,5
4% Rum. Anl.	4,12	Emaillier. Schwab.	1,5
4% do. St. R. 10	3,75	Enka	1,5
4% do. Gold	3,75	Erdöl	1,5
4% Sächs. Anl.	0,5	Erdöl Tarbek	1,5
4% do. St. 10	—	Felten & Guill.	1,5
4% Tschechoslow.	—	Fernsprech. Berl.	1,5
4% Ungar. Gold	0,5	Fränk. Lust.	1,5
4% Ungar. Kron.	0,5	Frankf. Gas	1,5
Verkehrswerte.		Gebr. Berger	1,5
Elektr. Hochb.	3,5	Gesf. f. Dt. Tel.	1,5
Schantung	0,65	Gesf. Spinn.	1,5
Franzosen	50	Gesf. Wagg.	1,5
Ballivian	—	Gesf. Wagg.	1,5
Canada	—	Hackethal	1,5
D. Asiat. Bgl.	22,75	Hammersen	1,5
Bamb. Am. P.	22,75	Hann. Wagg.	7,12
Bant. Bologna	0,5	Hansa Lloyd	1,5
Bata	0,5	Hdg.-Wom. G.	1,5
Bayer. Anl.	0,5	Harpener	9,5
Bayr. H. u. W.	1,87	Harzer S. K.	3,5
Bayr. Vereinsb.	—	Heddernheimer	1,5
Berl. Hand. G.	24,5	Hirsch Kupfer	17,62
Commerzbank	4,25	Hochst. Farb.	1,5
Industrieaktien.		Hosch Eisen	33,25
Adler Kleyer	0,05	Schwabenwerk	1,5
A.G.f. Feinmech.	0,2	Ph. Holzmann	2,5
A.G.f. Verk. Prod.	0,05	Hucke	1,5
A.G.f. Mast.-Ind.	0,05	Hucke Bergbau	1,5
A.-G. f. Zeitverk.	3,5—5,75	Hutmann	1,5
Agfa	0,1	Hutschenreuther	1,5
Allgem. Kunstz.	0,5	Hydrier Kahlbaum	1,5
Alsen	0,4	Hyp. Bank	0,3—0,4
Alsenz. Papier	0,2	Hyp. Bank Vorz. A.	0,4
Alg. Kunstzeitung	0,5	Hyp. Bank Vorz. B.	0,4
Alth. Amb. Fibr.	0,5	Nicolaische Tab.	ca. 0,7
Apollo	0,5	Nienburger Eisen	0,25—0,75
Arenkiron	0,3	Niemeyer Zigaretten	0,07—0,09
Bayerische Bodenkr.	0,5	Nordd. Eisen	0,25
Becker Kohle	5,25	Oehring Burgh.	—
Becker Stahl	3—5,25	Orenstein & Koppel	0,5
Bent	2,5—2,75	Osw.	2,25—2,75
Bin. Hibel. Ind.	0,25	Orinoco	0,5
Bin. Nord. Verm.	0,3	Ostd. Spediteur	—
Berl. Schnellgerl.	0,2	Oswald-Film	—
Brandbg. Bein	0,2	Pungin	0,3—0,4
Brauerei Schultheiss	2,5	Pose Leder	0,25—0,35
Brown Boveri	—	Ravenso Stahl	—
Bubia	0,05	Reisser Werke	—
Charlbg. W. Fer.	0,5	Rheinstahl Fap.	0,175—0,200
Chem. Raun	0,08—0,09	Rh. Roth	1,25—2
Chem. Fbr. Lilienfeld	0,125—0,150	Rudolstadt	1—1,1
Chem. Schultz	0,45	Russ. A. G.	0,25—0,3
Dauerwaschbe.	0,1	Scheberg	0,875—1,125
Dr. Adn. Schmidt	0,2	Siebel. Schreibm.	—
Dt. Gasm. Werke	0,5	Schles. Bergb.	0,5
Dt. Gummiwerke	—	F. A. Schwartz	—
Dt. Kabel	0,5	Siemens & Halske	0,5
Dt. Kalk	0,1	Siemens Glas	0,12—1,5
Dt. Ton- u. Steinzeug	0,5	Stahlwerk Krefeld	0,55—0,65
Dt. Wolle	0,5	Stahlwerk Oberspree	0,21—0,175
Dyckerhoff	0,5	Stock & Kopp.	0,15—0,20
Dynamit Nobel	0,5	Stower Asbest	0,5—0,6
Eisenbahnbedarf	0,5	Strakmann Glas	ca. 10
Elektr. Licht	0,5	Tecklenb. Eisen	0,4
Elektr. Lieferung	0,5	Teerw. Flöhm	0,4—0,5
Elektr. Liefer.	0,5	Thüringer Gas	0,5—1
Elektr. Werke	0,5	Tietz	0,5—0,75
Elektr. Werte	0,5	Tilmann Werke	1,5—1,3
Emaillier. Ges.	0,5	Tittel Walzwerk	1,4—1,3
Emaillier. Schwab.	0,5	Tuchfabrik	—
Enka	0,5	Vereinsbank	—
Erdöl	0,5	Vera Film	—
Erdöl Tarbek	0,5	Verein. Berlin	4—4,25
Felten & Guill.	0,5	Verein. Glanzstoff	—
Fernsprech. Berl.	0,5	Vereinsbrauerei	—
Fränk. Lust.	0,5	Wanderer Werke	—
Frankf. Gas	0,5	Warnecke Bergb.	0,4
Gebr. Berger	0,5	Wasserwerk Gelsenk.	0,01—0,02
Gesf. f. Dt. Tel.	0,5	Westeg.	—
Gesf. Spinn.	0,5	Westf. Bergbau	4,4
Gesf. Wagg.	0,5	Westf. Drahtindust.	1,5—2
Gesf. Wagg.	0,5	Zehlendorf Werk	—
Hackethal	0,5	Zellstoff Waldhof	—
Hammersen	0,5	Deutsche Kali	1,2—1,75
Hann. Wagg.	0,5	Salzdetfurth Kali	1,2—1,5
Hansa Lloyd	0,5	Aschersleben Kali	0—2
Hdg.-Wom. G.	0,5	Bernburger Kali	0—2,5
Harpener	0,5	Kaliw. Niedersachsen	4—4,25
Harzer S. K.	0,5	Kali Stendarfurt	—
Heddernheimer	0,5	Kaliwerke Neustadt	3,5—3,75
Hirsch Kupfer	0,5	Rositzer Zucker	—
Hochst. Farb.	0,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Hosch Eisen	0,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Ph. Holzmann	0,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Hucke	0,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Hucke Bergbau	0,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Hutmann	0,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Hutschenreuther	0,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Hydrier Kahlbaum	0,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Hyp. Bank	0,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Hyp. Bank Vorz. A.	0,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Hyp. Bank Vorz. B.	0,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Nicolaische Tab.	0,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Nienburger Eisen	0,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Niemeyer Zigaretten	0,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Nordd. Eisen	0,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Oehring Burgh.	0,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Orenstein & Koppel	0,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Osw.	0,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Orinoco	0,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Ostd. Spediteur	—	Rositzer Zucker Vorz.	—
Oswald-Film	—	Rositzer Zucker Vorz.	—
Pungin	0,3—0,4	Rositzer Zucker Vorz.	—
Pose Leder	0,25—0,35	Rositzer Zucker Vorz.	—
Ravenso Stahl	—	Rositzer Zucker Vorz.	—
Reisser Werke	—	Rositzer Zucker Vorz.	—
Rheinstahl Fap.	0,175—0,200	Rositzer Zucker Vorz.	—
Rh. Roth	1,25—2	Rositzer Zucker Vorz.	—
Rudolstadt	1—1,1	Rositzer Zucker Vorz.	—
Russ. A. G.	0,25—0,3	Rositzer Zucker Vorz.	—
Scheberg	0,875—1,125	Rositzer Zucker Vorz.	—
Siebel. Schreibm.	—	Rositzer Zucker Vorz.	—
Schles. Bergb.	0,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
F. A. Schwartz	—	Rositzer Zucker Vorz.	—
Siemens & Halske	0,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Siemens Glas	0,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Stahlwerk Krefeld	0,12—1,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Stahlwerk Oberspree	0,55—0,65	Rositzer Zucker Vorz.	—
Stock & Kopp.	0,21—0,175	Rositzer Zucker Vorz.	—
Stower Asbest	0,15—0,20	Rositzer Zucker Vorz.	—
Strakmann Glas	0,5—0,6	Rositzer Zucker Vorz.	—
Tecklenb. Eisen	ca. 10	Rositzer Zucker Vorz.	—
Teerw. Flöhm	0,4	Rositzer Zucker Vorz.	—
Thüringer Gas	0,5—1	Rositzer Zucker Vorz.	—
Tietz	0,5—0,75	Rositzer Zucker Vorz.	—
Tilmann Werke	1,5—1,3	Rositzer Zucker Vorz.	—
Tittel Walzwerk	1,4—1,3	Rositzer Zucker Vorz.	—
Tuchfabrik	—	Rositzer Zucker Vorz.	—
Vereinsbank	—	Rositzer Zucker Vorz.	—
Vera Film	—	Rositzer Zucker Vorz.	—
Verein. Berlin	4—4,25	Rositzer Zucker Vorz.	—
Verein. Glanzstoff	—	Rositzer Zucker Vorz.	—
Vereinsbrauerei	—	Rositzer Zucker Vorz.	—
Wanderer Werke	—	Rositzer Zucker Vorz.	—
Warnecke Bergb.	0,4	Rositzer Zucker Vorz.	—
Wasserwerk Gelsenk.	0,01—0,02	Rositzer Zucker Vorz.	—
Westeg.	—	Rositzer Zucker Vorz.	—
Westf. Bergbau	4,4	Rositzer Zucker Vorz.	—
Westf. Drahtindust.	1,5—2	Rositzer Zucker Vorz.	—
Zehlendorf Werk	—	Rositzer Zucker Vorz.	—
Zellstoff Waldhof	—	Rositzer Zucker Vorz.	—
Deutsche Kali	1,2—1,75	Rositzer Zucker Vorz.	—
Salzdetfurth Kali	1,2—1,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Aschersleben Kali	0—2	Rositzer Zucker Vorz.	—
Bernburger Kali	0—2,5	Rositzer Zucker Vorz.	—
Kaliw. Niedersachsen	4—4,25	Rositzer Zucker Vorz.	—
Kali Stendarfurt	—	Rositzer Zucker Vorz.	—
Kaliwerke Neustadt	3,5—3,75	Rositzer Zucker Vorz.	—
Rositzer Zucker	—	Rositzer Zucker Vorz.	—
Rositzer Zucker Vorz.